

Die Medien informieren
immer weniger über Politik

Parlament und Partizipation in der Massendemokratie

Norbert Lammert

„Der Journalismus setzt zwar selten etwas in die Welt, aber er verändert das Bild von der Welt. Insofern muss man sich fragen, was wir dazu beigetragen haben, dass Politik und Volk sich in diesem Jahr noch weiter entfremdet haben, dass es ein Jahr voller Wut war, an dessen Ende man das Gefühl hat: Der Boden, auf dem diese Demokratie steht, ist wieder etwas schlüpfriger geworden.“

(Bernd Ulrich, *Die Zeit*)

Der Hinweis auf die Ergänzung und Relativierung der drei klassischen politischen Gewalten Legislative, Exekutive und Jurisdiktion durch Wirtschaft, Wissenschaft und Medien als der vierten, fünften und sechsten Gewalt ist längst nicht mehr neu, aber zweifellos richtig. Politik kann ohne Vermittlung der Medien schlicht nicht stattfinden. Medien lassen sich auch ohne Politik verkaufen – und immer mehr Medien führen täglich diesen Nachweis.

„Die Massendemokratie bedarf der Massenmedien. Öffentlichkeit ist nicht mehr direkt herstellbar, sondern hängt von der Vermittlung der Medien ab. Diese sind längst zum Vollstrecker des Prinzips parlamentarischer Öffentlichkeit geworden. Parlamentarische Kommunikationsangebote verfangen sich oft im Netz journalistischer Selektions- und Interpretationsmuster und erreichen ihre Adressaten nicht. Was aber nicht in den Medien ist, wird nicht Teil der Alltagswirklichkeit des Publikums. Insoweit ist auch über die Repräsentationsfunktion des modernen Parlamentarismus nach-

zudenken“, so Heinrich Oberreuter, ein langjähriger kritischer und konstruktiver wissenschaftlicher Begleiter des deutschen Parlamentarismus. Und er führt fort: „Die Auswahlkriterien der Medien gehorchen ihrer eigenen Logik, nicht der Logik politischer Bedeutsamkeit. Sie orientieren sich an Marktgesetzen und Aufmerksamkeitsregeln. Wer Aufmerksamkeit finden will, muss sich diesen Regeln beugen – auch die Politik. War ehemals die Öffentlichkeit der Parlamentsverhandlungen Sensation genug, muss heute Sensationelles im Parlament geschehen, damit es öffentlich wird. Die Politik selbst hat es mittlerweile gelernt, sich den Inszenierungsregeln speziell der elektronischen Medien anzupassen und sich ihrer zu bedienen. Das mag für Parteitage, Wahlkämpfe und die politische Alltagskommunikation hingenommen werden. Diese Inszenierungskunst macht allerdings vor den Toren des Parlaments halt, wiewohl auch dort zunehmend Verfahrenstechniken und Verfahrensinstrumente genutzt werden, die konfliktorientiert sind und geeignet erscheinen, Aufmerksamkeit an sich zu binden.“

Oberreuter warnt: „Aber gerade wo es um Gesetzgebung und Legitimation geht, lässt sich Entscheidungspolitik nicht gänzlich durch Darstellungspolitik überwölben. Die Logik des Politischen wird nicht vollständig annulliert. Solche Mediatisierungsresistenz entwickelt nicht zuletzt der Parlamentarismus als Institution. Denn der weitaus größte Teil sei-

ner substanziellen Verhandlungs-, Kompromissbildungs- und Entscheidungsprozesse entzieht sich der fernsehgerechten Visualisierung. Er eignet sich auch nicht durchgängig zur Inszenierung.“ (in: Normen, Stile, Institutionen. Zur Geschichte der Bundesrepublik, München 2000.)

„Was ist bloß mit uns los?“, übertitelt Bernd Ulrich, der stellvertretende Chefredakteur der Wochenzeitung *Die Zeit*, den oben zitierten hochinteressanten Beitrag Ende vergangenen Jahres, der sich mit den Fehlentwicklungen und Versuchen des Journalismus auseinandersetzt. Der Autor glaubt, gerade 2010 besonders eindrucksvolle Beispiele für die Versuchungen und Fehlentwicklungen des Journalismus erkannt zu haben. Er stellt dies insbesondere am Beispiel der Sarrazin-Debatte dar, am Beispiel des Umgangs der Medien mit den Missbrauchsfällen an deutschen Schulen, insbesondere an der reformpädagogischen Odenwaldschule, wo er den Medien, die über die Sachverhalte, wie Bernd Ulrich schreibt, seit fünfzehn Jahren informiert waren, politisch begründeten „Unterlassungs-Journalismus“ vorwirft. Und nicht zuletzt zieht Ulrich auch den Umgang der Medien mit der Politik heran (siehe Eingangszitat).

Was ist bloß mit uns los? Das ist keine schlechte Frage – selbstverständlich nicht nur für die Medien, sondern genauso für die Politik, auch für die Parlamente. Auch für Regierungen schließe ich nicht völlig aus, dass für diese eine ähnliche Fragestellung zulässig wäre. Wie verstehen wir eigentlich unsere jeweilige Rolle, die zwar jeweils unterschiedlich ist, die aber in einem funktionierenden System eines demokratischen Rechtsstaates und einer parlamentarischen Demokratie nicht völlig unabhängig voneinander gedacht werden kann – weder im Interesse der Funktionsfähigkeit der jeweils einzelnen Institutionen

noch im Interesse der Akzeptanz und der Legitimation des politischen Systems im Ganzen.

Siegfried Weischenberg, ein Kommunikationswissenschaftler, der selbst von 1999 bis 2001 Bundesvorsitzender des Deutschen Journalistenverbandes war, hat zum Verhältnis von Politik und Journalismus gesagt: „Politik und Journalismus sind Teile eines selbstreferenziellen Systems geworden, das vor allem sich selbst in Gang hält.“ Tissy Bruns, eine der langjährigen Parlamentskorrespondenten, hat in ihrem so lesenswerten wie nachdenklichen Buch mit dem Titel *Republik der Wichtigtuere* – mit dem sie die politische Klasse meint, zu der sowohl Politiker wie Politikjournalisten gehören – geschrieben: „Berlin-Mitte ist zu einer Bühne von Politik und Medien geworden, die von der Lebenswirklichkeit der Bürger weiter entfernt ist als das legendäre Raumschiff Bonn. In Wahrheit sind Politiker und Journalisten Getriebene einer Medienentwicklung, deren Zwänge wie nie zuvor und auf allen Ebenen die Kommunikation und Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten bestimmen und durchdringen.“ Martin Walser hat in der ihm gelegentlich eigenen Neigung zur Zuspitzung kurz und bündig erklärt: „Die Medien dürfen alles und müssen nichts. Keine Macht ist so illegitim wie die der Medien.“

Das Gesicht der Mediengesellschaft

Die Anzahl der Mitglieder des Deutschen Bundestages beträgt gut 620. Die Zahl der Mitglieder der Bundespressekonferenz in Berlin beträgt 900. Die Zahl der *Bild*-Zeitungsredakteure in Deutschland ist etwa doppelt so hoch wie die Zahl der Mitglieder des Deutschen Bundestages; beide verstehen sich als Volksvertreter. Die Zahl der in Berlin akkreditierten Journalisten liegt irgendwo zwischen 4000 und 8000. Das sagt etwas über die Relationen aus. Und im Übrigen

gehört dies zweifellos zu den auffälligen Veränderungen zwischen den Bonner und den Berliner Verhältnissen. Der deutsche Parlamentarismus hat sich in seinen gewachsenen Strukturen gewissermaßen von Bonn nach Berlin katalpultiert, wobei sich die Rahmenbedingungen jedoch signifikant veränderten. Die Anzahl der Lobbyisten wie der Medien hat sich gegenüber den Bonner Verhältnissen explosionsartig vermehrt. Die Lobbyliste des Deutschen Bundestages umfasst aktuell 2160 registrierte Interessenverbände. Rein rechnerisch kommen auf jedes Mitglied des Deutschen Bundestages mehr als drei Interessenverbände, die je nach Selbstverständnis, Organisationskapazität und finanziellen Möglichkeiten Größenordnungen kleiner Ministerien haben und, ohne jeden Zweifel legal, mit geballter Wucht einzelne Interessen vertreten. Ich empfehle einen Blick auf diese Relation, wenn immer wieder behauptet wird, der deutsche Parlamentarismus im Allgemeinen und der Deutsche Bundestag im Besonderen seien längst in einer übertriebenen Weise organisatorisch wie personell üppig ausgestattet. Wenn überhaupt, verfügen die Ressorts mit ihrem Personal- und Organisationsbestand über ein Gegengewicht zum organisierten System der Interessenvertretung – der Deutsche Bundestag jedoch nur in mikroskopischen Größenordnungen.

Schnelligkeit versus Gründlichkeit

Eine weitere signifikante Veränderung ist ohne Zweifel die Medienbegleitung. Und das gilt nicht nur für die explosionsartige Vermehrung der Anzahl der Medienvertreter, sondern insbesondere für die Entwicklung, die die Medien in den letzten Jahren genommen haben. Ich behaupte natürlich nicht, dass hier ein Zusammenhang besteht, weder zwischen den jüngeren Entwicklungen des Parlamentarismus im Allgemeinen noch zwi-

schen dem Umzug von Bonn nach Berlin im Besonderen, sondern wenn überhaupt, besteht ein Kausalzusammenhang zwischen der Digitalisierung von Medien und der auch damit begründeten zunehmenden Dominanz der elektronischen Medien gegenüber den Printmedien. Diese begünstigen einen Trend oder machen ihn vielleicht auch unvermeidlich, den ich mit Blick auf die Politik und auf die Politikberichterstattung nicht für eine Errungenschaft, sondern eher für ein Verhängnis halte: den zunehmenden Vorrang von Bildern gegenüber Texten, den zunehmenden Vorrang von Schlagzeilen gegenüber Analysen, den offensichtlichen Vorrang von Zuspitzungen gegenüber Differenzierungen, den unübersehbaren Trend zur Kürze gegenüber der Länge, den geradezu erschreckenden Vorrang von Schnelligkeit gegenüber Gründlichkeit. Und den deprimierend eindeutigen Vorrang der Unterhaltung gegenüber der Information. Ausnahmen von diesem Generaltrend unseres Mediensystems gibt es fast nicht mehr. Selbst die große deutsche Tageszeitung, die nach wie vor von sich behauptet, hinter ihr stecke immer ein kluger Kopf, sah sich schon vor einigen Jahren genötigt, ihr Layout in der Weise grundsätzlich zu verändern, dass die stolze, auf reine Textlieferung bezogene Tradition durch ein dreispaltiges Farbfoto auf der ersten Seite korrigiert werden musste.

Als mich vor einigen Jahren eine der zahlreichen Berliner Journalistenvereinigungen zu ihrem 50-jährigen Bestehen als Gastredner einlud, trug ich dort unter anderem den Befund vor, dass unter den Bedingungen der Digitalisierung und in der Wettbewerbssituation der elektronischen Medien die Schnelligkeit einer Information längst gnadenlosen Vorrang vor der Gründlichkeit der Recherche habe. Ich glaubte dann zur Verdeutlichung dieser Behauptung hinzuzufügen zu

sollen, die früher offensichtlich geltende Regel, dass man eine Information nicht weitergibt, jedenfalls nicht druckt, bevor man nicht mindestens zwei Quellen dafür identifiziert hat, scheine mir längst durch die Praxis abgelöst zu sein, dass eine Quelle reichen müsse. Worauf aus der Tiefe des Raumes von einem der anwesenden Journalisten der Zwischenruf kam: „Soweit es diese Quelle überhaupt gibt.“ Das ist nicht ganz so witzig, wie es sich anhört, sondern leider wirklichkeitsnah. Weil es zu den Wettbewerbsbedingungen der Medien gehört, dass – wahrscheinlich ist dies nicht nur Einbildung – die Zeit nicht mehr reicht, einen behaupteten Sachverhalt auf seine Richtigkeit zu überprüfen. Wir alle kennen aus der jüngeren Vergangenheit eine Reihe von Beispielen dafür, dass ein einmal behaupteter Sachverhalt insbesondere dann, wenn er einen gewissen Unterhaltungswert hatte, kaskadenartig durch die deutschen Medien gelaufen ist, ohne dass irgendjemand auch nur auf die Idee gekommen wäre zu überprüfen, ob diese behauptete Nachricht außer dem Unterhaltungswert auch einen gesicherten Informationswert habe. Die vergleichsweise besonders banale, aber hübsche Geschichte, dass dem inzwischen ausgeschiedenen Bundesminister der Verteidigung ein zusätzlicher Vorname angedichtet wurde, was alle so schön fanden, dass sie es geschrieben haben, ohne dass irgendjemand mal überprüft hätte, ob das denn wohl auch zuträfe, ist die harmloseste Variante dieses beschriebenen Vorgangs.

Der Anteil der Politikberichterstattung in den Medien geht messbar zurück. In den elektronischen Medien ist dieser Trend wiederum noch ausgeprägter als in den Printmedien. Ein besonders aufschlussreicher Nachweis ist eine Medienanalyse, in der es um den Politikanteil in deutschen Fernsehnachrichten ging. Der höchste Anteil findet sich bei der Tagesschau, er liegt bei achtundvierzig Prozent.

Alle anderen deutschen Fernsehformate, auch alle anderen öffentlich-rechtlichen, liegen deutlich unter der Fünfzig-Prozent-Schwelle. Bei den privaten, mit denen ich mich hier nicht weiter befassen werde, liegt er stabil unter zwanzig Prozent.

Opportunität und Unterhaltungswert

Ein weiteres in diesem Zusammenhang wichtiges Stichwort ist die Auswahl dessen, welche Nachrichten für relevant gehalten werden. Ich habe den Eindruck, dass in den Medien die Tendenz zunimmt, selbst ausdrücklich angefragte politische Stellungnahmen unter dem Gesichtspunkt der politischen Opportunität oder des Unterhaltungswertes zu sortieren. Mir sind in allerjüngster Vergangenheit zwei Beispiele vor Augen: Das eine war die kurzfristige Anfrage eines der großen deutschen wöchentlichen Magazine, ob ich im Zusammenhang mit der damaligen Diskussion über Griechenlandhilfe und Euro-Rettungsschirm nicht aus der Perspektive des Parlaments in einem Beitrag deutlich machen könnte, ob wir es mit einer Marginalisierung des Parlaments zu tun haben und ob das Parlament auch in solchen nicht vorhersehbaren akuten Situationen überhaupt politisch Einfluss nehmen könne. Da dies als Titelgeschichte für die nächste Woche geplant war, gab es nur die Möglichkeit, entweder von Mittwoch auf Freitagmittag zu liefern oder auf eine solche Binnenperspektive zu verzichten. Ich habe geliefert. Am Freitagnachmittag teilte die Redaktion mir mit, den Beitrag könne sie leider nicht gebrauchen. Auf die Rückfrage nach dem Grund wurde beschieden, er passe nicht zur Diktion des Leitartikels. Ich habe darauf noch gefragt, warum man denn dann meinen Artikel nicht gleich selbst geschrieben habe.

Zweites Beispiel: Ich bin auf dem Höhepunkt der quälenden wochenlan-

gen Diskussionen über die Hartz-IV-Reformen und der fehlenden Einigungsfähigkeit zwischen Bundestag und Bundesrat und der Dauerprozeduren im Vermittlungsausschuss von einer der großen deutschen Tageszeitungen gebeten worden, etwas zu diesem Thema zu schreiben. Der Beitrag wurde wiederum von der Redaktion zurückgegeben, diesmal nicht mit der Begründung, er passe nicht in die Diktion, sondern er sei entschieden zu differenziert. Das interessiere niemanden. Wenn ich das etwas prägnanter formulieren könnte, würde man darüber noch einmal reden.

Parlament und Fernsehen

Nach wie vor ist es in hohem Maße erläuterungsbedürftig, dass – und warum – öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten, die aus steuerähnlichen Gebühren finanziert werden, aus der originären Parlamentsberichterstattung faktisch ausgetreten sind. Dass die deutsche Öffentlichkeit so etwas durchgehen lässt, gehört ebenfalls unter die große Überschrift: „Was ist eigentlich mit uns los?“ Vom langjährigen Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, Fritz Pleitgen, der zusammen mit Dieter Stolte damals Phönix gegründet hat, habe ich die bemerkenswert ehrliche Auskunft bekommen, diesen Sender habe man genau deswegen gegründet, um nach der Einführung des Privatfernsehens den Vormittag und frühen Nachmittag für die seichten Alternativprogramme frei zu räumen, die bis dahin gelegentlich von Liveübertragungen aus dem Bundestag blockiert gewesen seien. Ob das für ein gebührenfinanziertes Fernsehen eine tragfähige Begründung ist, mögen andere beurteilen, die vielleicht eher als ich für sich beanspruchen können, dabei völlig unbefangen zu sein. Aus dem Parlamentskanal Phönix ist inzwischen ein Ereigniskanal geworden, bei dem die Programmentscheidungen dann, wenn das behauptete „Ereignis Parla-

*Auseinandersetzung
im Deutschen Bundestag im November 1983.*
© picture-alliance/dpa, Foto: Heinrich Sanden



ment“ mit dem tatsächlichen „Ereignis Königshochzeiten“ kollidiert, einschlägige Präferenzen offenbaren – wie das auch beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen insgesamt der Fall ist. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und seine Fernsehprogramme haben bei dieser Art von gesellschaftlichen Ereignissen kein Problem damit, diese auch in mehreren öffentlich-rechtlichen Programmen gleichzeitig zu übertragen und umgekehrt die Übertragung der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages mit der Begründung abzulehnen, da sei nichts Überraschendes zu erwarten. Meine Rückfrage, was bei einer Hochzeitsfeier Überraschendes zu erwarten sei, wurde als Frechheit empfunden – und war übrigens auch so gemeint.

Talkshows als Politikersatz

Die Zahl der im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, das heißt ARD und ZDF und die dritten Programme, inzwischen für Talkshows aufgewendeten Sendeminuten pro Jahr ist höher als die Gesamtüber-

tragungszeit aller parlamentarischen Ereignisse einschließlich Phönix. Obwohl die Relation schon interessant ist, kommt es mir jetzt gar nicht auf diesen Zahlenvergleich an, sondern darauf, was ich für das Ergebnis halte, nämlich die Verdrängung authentischer Politik durch die Simulation von Politik. Das Prinzip der Talkshows ist die Anwendung des Prinzips des Vorrangs der Unterhaltung auch auf den Bereich der Politik. Das Konstruktionsprinzip dieses Formates besteht geradezu darin, dass es die wichtigste Aufgabe des Moderators ist, spätestens dann, wenn aus einer angekündigten Show ein ernsthaftes Gespräch zu werden droht, unverzüglich einzugreifen, um mit einem Spielfilm oder einem zusätzlich geladenen Gast dem erstaunten Publikum den Nachweis zu erbringen, dass man dies alles nicht so ernst nehmen müsse, was da vorher vorgetragen worden sei. Dass die ARD nun den Ehrgeiz entwickelt, an jedem Tag der Woche das eigene Abendprogramm mit dieser Art von Politikersatz zu schmücken, bestätigt einen Trend, den ich, sehr zurückhaltend formuliert, außerordentlich bedenklich finde. Er könnte allerdings nicht stattfinden, wenn sich nicht Woche für Woche und Politikshow für Politikshow Matadore aus der authentischen Politik fänden, die sich als Unterhaltungskünstler versuchten – und damit regelmäßig scheitern.

Scheinplebiszite als „Alternative“ zu Entscheidungsprozessen

Dafür erleben wir regelmäßig alle möglichen Beispiele in Form von Fragen, die in Verbindung mit Nachrichtensendungen eingespielt werden, bei denen man mal eben durch einen Telefonanruf mit „Ja“ oder „Nein“ zu dieser oder jener vorgegebenen Fragestellung antworten kann. Wir erleben dies aber auch in einer etwas auffälligeren und heftigeren Variante – zuletzt bei der in vielerlei

Hinsicht bedauerlichen „Causa Guttenberg“. Auf deren Höhepunkt marschierte die *Bild*-Zeitung mit der schwer überbietbaren Parole auf „Heute stimmt Deutschland ab. Der Guttenberg-Entscheid“. Diese wurde flankiert von einem Kommentar, in dem es hieß: „Nach den Regeln der Berliner Politik ist der Fall ziemlich klar. Doch die Bürger sagen bislang in allen repräsentativen Umfragen, halt mal, der Mann soll bleiben. Wer hat das letzte Wort?“ Und dann stimmt Deutschland ab.

Was ist bloß mit uns los? Eine solche Befragung ist weder repräsentativ noch plebiszitär. Es ist populistisch, es ist Stimmungsmache. Wobei diese Zeitung es fertiggebracht hat, eine parallele Scheinbefragung mit Telefon und online zu veranstalten und die jeweils konträren Ergebnisse wechselseitig so lange unter der Decke zu halten, bis konkurrierende Medien darauf aufmerksam gemacht haben.

Politainment als Marketinginstrument

Ein gewisses Maß an Politik, an Nachrichten, an Informationen muss sein, auch in Zeiten dominierender Unterhaltungsangebote. Dabei geraten die Politik im Allgemeinen und die Nachrichten im Besonderen zunehmend in die Situation des Pausenfüllers zwischen Werbeblöcken. In einer öffentlichen Stellungnahme im Rahmen eines Interviews mit der amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton outete sie sich „als Fan des arabischen Nachrichtensenders Al-Dschasira“, weil sie mit Blick auf die Entwicklung der eigenen amerikanischen Medien den Eindruck haben müsse, bei Al-Dschasira habe man noch das Gefühl, „echte Nachrichten rund um die Uhr statt einen Werbespot nach dem anderen zu sehen“. Der Sender Al-Dschasira beeinflusse die Menschen, ob sie ihn mögen oder hassen, er habe wirklich Erfolg. Da könne die

amerikanische Berichterstattung nicht mithalten, die schlicht nicht sehr informativ sei.

In der virtuellen Wettbewerbssituation zwischen Politik und Parlament auf der einen Seite sowie Medien auf der anderen Seite wurde bislang die Frage nach der relevanten Zielgruppe überhaupt nicht thematisiert. Die relevante Zielgruppe der Medien, jedenfalls der elektronischen Medien, sind die 14- bis 49-Jährigen. Gerade vor wenigen Tagen gab es ein ebenso unterhaltsames wie informatives Interview mit Thomas Gottschalk im Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu lesen. Dort beschwerte er sich unter ausdrücklichem Hinweis auf sein fortgeschrittenes Lebensalter über die Festlegung, dass er selbst auch nicht mehr zu denen gehöre, auf die man ernsthaft Rücksicht nehmen müsse, weil offenkundig für die Entscheidung, was man wann sende, der völlig uninteressierte 33-Jährige, der bei gehörigen Portionen Bier zu einem frühen Zeitpunkt bei der jeweiligen Sendung einschlafe, allemal relevanter sei als der 52-jährige engagierte Akademiker oder Gewerkschaftsfunktionär, also Personen, die ein Interesse an Sachverhalten hätten, aber in der Zielgruppendefinition der Sender eigentlich nicht mehr vorgesehen seien.

Dass jedenfalls Medien nicht die gleiche Zielgruppe haben wie die Politik, muss man gelegentlich in Erinnerung rufen. Und auch wenn es sicher Analogien gibt zwischen Kunden und Wählern, dasselbe ist es nicht. Die Reduzierung auf eine unter Marketinggesichtspunkten ausgewählte Teilzielgruppe, die sich in den Medien durchgesetzt zu haben scheint, kann und darf sich die Politik jedenfalls nicht erlauben.

Das Ende des Artikels von Bernd Ulrich in der *Zeit* im Dezember des letzten Jahres lautet: „Warum verhalten sich Journalisten gegenüber der politischen Klasse so verächtlich, als hätten sie eine

zweite im Kofferraum? Wollen sie doch das System ins Wanken bringen? Der politische Journalismus steht seit Jahren vor einem ernststen Problem: Wenn das Ansehen der Politik und das Interesse an ihr immer weiter abnehmen, wie kann dann ein Journalismus überleben, der sich tagtäglich mit Politik beschäftigt? Die unausgesprochene, aber häufigste Antwort darauf lautet: Wir stellen uns an die Spitze der Politikverdrossenheit und weisen immerzu nach, dass die Politiker von niedrigen Motiven getrieben sind, süchtig nach Aufmerksamkeit, gierig nach Macht, dem Volk entfremdet, und reden können sie auch nicht. Das funktioniert, der politische Journalismus kann von den Verfallsgasen des Politischen leidlich leben. Aber wie lange? Nachhaltiger Journalismus ist das jedenfalls nicht. [...] Sind Journalisten nun Teil des Systems? Sie dürfen es nicht sein, wenn damit gemeint ist, dass sie gemeinsame Kampagnen machen und einander schonen. Sie müssen es sein, wenn mit diesem System die Demokratie gemeint ist. Denn, ja, wir haben ein Interesse daran, dass der demokratische Rechtsstaat, dass Meinungsfreiheit und Pluralismus überleben, das gehört zu unserer Natur. Deswegen sollte politischer Journalismus kein gemeinsames Interesse haben – außer der Erhaltung der Reproduktionsmöglichkeiten demokratischer Politik. Konkret bedeutet das, dass wir gegen jede konkrete Politik anschreiben können, nur nicht gegen alle Politik. Dass wir die Kriterien der Kritik offenlegen müssen und diese Kriterien nicht so anlegen dürfen, dass die Politik immer nur verlieren kann. Auf die Dauer liest sich das auch besser.“

Auf die Dauer lebt sich das auch besser. Für die Medien, für die Parlamente und für einen demokratischen Rechtsstaat.

Der Artikel ist die gekürzte Fassung eines Vortrages, den der Verfasser bei einem Symposium an der Universität in Passau am 31. März 2011 gehalten hat.